



Stellungnahme der Verwaltung

15. Sitzung des Bezirksausschusses Erkelenz-Mitte

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.06.2009
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	41812 Erkelenz, Johannismarkt 17, Sitzungssaal des Rathauses

ABWICKLUNG DER TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung

Ausschussvorsitzender RH Musch begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Gäste sowie Presse zur 15. Sitzung des Bezirksausschusses Erkelenz-Mitte.

Er teilt mit, dass die Tagesordnung um den Punkt „Bestellung einer weiteren Schriftführerin“ erweitert werden solle. Er fragt, ob der Ausschuss damit einverstanden sei, diesen Punkt zusätzlich in die Tagesordnung der laufenden Sitzung aufzunehmen. Der Ausschuss ist einstimmig mit der Erweiterung der Tagesordnung einverstanden.

Zusatzpunkt: Bestellung einer weiteren Schriftführerin

Beschluss (in eigener Zuständigkeit):

„Zur weiteren Schriftführerin für die Niederschriften des Bezirksausschusses Erkelenz-Mitte wird hiermit Frau Ulrike Hoeren bestellt.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 2 Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass der diesjährige „Umwelttag“ am 05. Juni ein großer Erfolg gewesen sei. 9 Schulen sowie der SC 09 Bambini hätten am Umwelttag teilgenommen. Für die Zukunft wünsche er sich mehr Unterstützung. Er

bedanke sich recht herzlich beim Ordnungsamt, dem Hauptamt sowie bei Frau Stoffels als Referentin für Stadtmarketing.

zu 3 Niederschrift der 14. Sitzung des BZA Erkelenz-Mitte

Ausschussvorsitzender RH Musch fragt, ob sich zur Niederschrift der Verwaltung Wortmeldungen ergeben. Wortmeldungen zur Niederschrift über die 14. Sitzung ergeben sich nicht.

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass mit dem Straßenverkehrsamt sowie dem Landesbetrieb Straßenbau Gespräche wegen des Kreisverkehrs geführt worden seien. Es werde jetzt auf eine Rückmeldung der Gremien gewartet; danach erfolge eine Mitteilung im Bezirksausschuss.

Ausschussmitglied SKB Moll fragt, ob „Proaktiv“ auf die Verwaltung zugegangen sei. Ausschussvorsitzender RH Musch bejaht dies.

Ausschussmitglied SKB Dr. Baltus bittet, wenn Fa. Bündgen wegen des Kreisverkehrs angesprochen worden sei, den Bezirksausschuss anschließend zu informieren.

zu 4 Angelegenheiten des Stadtmarketing

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass die Referentin für Stadtmarketing, Frau Stoffels, in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung am 02.06.2009 aktuelle Sachverhalte aus dem Stadtmarketing vorgetragen habe. Diese seien der „Fahrradfrühling“ am 03. Mai 2009, das Reit- und Springturnier auf Haus Hohenbusch am 21./23. und 24.05.2009, das Treffen der AG „Fahrradfreundliche Stadt Erkelenz“ am 27.05.2009, das Treffen des Organisationsteams zum Nikolausmarkt vom 04. bis 06.12.2009, die Fortentwicklung des Gewerbe- und Informationsportals TerraEis – Überblick und Leerstände sowie die Erstellung von Publikationen (Einkaufsführer sowie die Bürgerinformationsbroschüre) gewesen.

Ausschussmitglied SKB Sauerborn ist der Meinung, dass Frau Stoffels gute Arbeit geleistet habe.

zu 5 Wochenmarkt am Dienstag

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass er aktuell mit den Marktbesckickern des Dienstagsmarktes mehrfach Gespräche geführt habe. Diese hätten erklärt, dass die Anzahl der Stände stetig steigen würde und die Marktbeschicker auf dem Marktplatz bleiben möchten, also nicht zum Konrad-Adenauer-Platz zurück möchten.

Ausschussmitglied RH Frings erklärt, dass man zu Beginn den Bahnhofsvorplatz ausgewählt habe, um diesen zu beleben. Man solle nicht aus den Augen verlieren, den Dienstagsmarkt zu gegebener Zeit dorthin zurück zu verlegen. Deshalb sollten in Zukunft weiterhin Gespräche mit den Marktbesckickern stattfinden.

Ausschussvorsitzender RH Musch erwidert, dass die Marktbeschicker nicht zum alten Standort zurück möchten. Wenn dies der Fall sein sollte, würden diese sich aus

dem Marktgeschehen zurückziehen. Hierbei nimmt er Bezug auf die laufenden und angestrebten Maßnahmen zur Attraktivierung der Kölner Straße.

Stellv. Ausschussmitglied RF Schirrmeister-Heinen teilt mit, dass sie einen zweiten Markt für gut halte. Die örtlichen Gegebenheiten am Bahnhof seien allerdings nicht so gut, da es dort sehr zugig sei.

Ausschussmitglied RH Dalke erklärt, dass er eine Zurückverlegung zum Bahnhof wünsche. Er bittet um Prüfung in ein bis zwei Jahren.

Ausschussvorsitzender RH Musch erwidert, dass nach Fertigstellung der Bauprojekte „Amtsgericht“ und „Atelierstraße“ in Rücksprache mit den Marktbesckickern der Ort des Marktes nochmals überprüft werden solle.

Abstimmungsergebnis für die Prüfung: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Auch aus Sicht des Rechts- und Ordnungsamtes erscheint die Fortführung des dienstags stattfindenden Wochenmarktes am jetzigen Standort Markt unter Berücksichtigung der mit den Marktbesckickern geführten Gespräche sinnvoll.

Nach Fertigstellung des Bauvorhabens in der Atelierstraße und dem Neubau des Amtgerichtes wird mit den Marktbesckickern erneut über eine Zurückverlegung des Marktes zum Konrad-Adenauer-Platz beraten werden.

zu 6 Schaffung einer Hundewiese, Antrag der Fraktion DIHS/REP

Ausschussvorsitzender RH Musch erklärt, dass der Antrag der Fraktion DIHS/REP betr. Schaffung einer Hundewiese letztes Jahr bereits Thema gewesen sei, aber damals zurückgezogen worden sei.

Stellv. Ausschussmitglied RH Schönfeld teilt mit, dass man Vergleiche mit anderen Städten wegen Freilaufflächen angestrebt habe. Im Stadtgebiet seien 3000 Hunde zu verzeichnen; es bestehe hier Handlungsbedarf. Es solle nicht gewartet werden, bis Bürger Freilaufflächen einklagten. Die Verwaltung solle prüfen, welche Flächen in der näheren Umgebung in Frage kommen könnten.

Ausschussmitglied RH Frings erwidert, dass der Vergleich mit Großstädten hinken würde. Die Verwaltung solle prüfen, ob sie rechtlich verpflichtet sei, Freilaufflächen einzurichten.

Stellv. Ausschussmitglied RH Steingießer erklärt, er halte den Vorschlag von Ausschussmitglied RH Frings für gut und bittet, die Anregung mit aufzunehmen. Weiter erklärt, er, dass er dem Antrag nicht entnehmen könne, wie die Fläche gestaltet werden solle. Für kleinere Hunde benötige man eine kleine Fläche und für größere Hunde eine große. Der Antrag solle konkretisiert werden, bevor die Verwaltung eingeschaltet werde.

Ausschussmitglied SKB Sauerborn erklärt, dass Erkelenz keine Großstadt sei. Er appelliere an die Hundebesitzer, den ländlich geprägten Raum aufzusuchen.

Ausschussmitglied RF Dulies empfiehlt, den Antrag nicht ad hoc abzulehnen. Sie beobachte seit einiger Zeit, dass ältere Hundebesitzer Örtlichkeiten suchen würden. Man solle sich nicht auf den Ziegelweiherpark festlegen. Sie bittet die Verwaltung, andere mögliche Örtlichkeiten in Betracht zu ziehen sowie den Arbeitskreis „Saubere Stadt“ mit ein zu beziehen, damit dieser ebenfalls Vorschläge unterbreiten könne. Heute solle man keine endgültige Entscheidung treffen.

Stellv. Ausschussmitglied RH Schönfeld schlägt vor, dass im Bürgerbüro kostenlos Hundekotbeutel für die Hundebesitzer abgeholt werden könnten. Auch sollten entsprechende Abfallbehälter, die oben verschließbar seien, aufgestellt werden.

Ausschussmitglied RH Frings erklärt, dass er dem Vorschlag des Ausschussmitgliedes RF Dulies zustimme. Ein Gerichtsurteil besage, wenn eine Freilauffläche nicht ausgewiesen sei, es keinen Leinenzwang gebe.

Ausschussmitglied SKB Moll regt an, dass die Verwaltung prüfen solle, ob diese verpflichtet sei, Freilaufflächen einzurichten.

Ausschussmitglied SKB Kowalzik teilt mit, wenn eine Prüfung vorgenommen worden sei und das Prüfungsergebnis vorliege; könne auch über andere Freilaufflächen nachgedacht werden.

Ausschussmitglied SKB Moll erklärt, dass für Hundebesitzer auch im freien Feld Leinenzwang bestehe. Hier solle man an die Jägdpächter denken.

Stellv. Ausschussmitglied RH Steingießer regt nochmals an, den Antrag zu präzisieren bzw. alle Aussagen, die heute gemacht worden seien, einzuarbeiten und anschließend der Verwaltung zur Prüfung vorzulegen.

Ausschussmitglied SKB Gillrath empfiehlt, sich an die Hundebesitzer zu wenden. Es könne, wie beim Neubau eines Schwimmbades, ein Forum eingerichtet werden.

Ausschussmitglied RH Dahlke erklärt abschließend, dass jeder Hundebesitzer für seinen Hund verantwortlich sei, auch für die Hinterlassenschaften.

Anschließend fasst Ausschussvorsitzender RH Musch die Vorschläge und Anregungen zusammen und lässt darüber abstimmen.

Beschluss (als Empfehlung an die Verwaltung):

„Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche rechtliche Verpflichtung sowie welche Alternativmöglichkeiten, z. B. wegen der Fläche und in welcher Form, bestehen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 4 Enthaltungen

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine rechtliche Verpflichtung zur Bereithaltung spezieller Hundefreilaufflächen besteht grundsätzlich nur dann, wenn durch kommunale Ordnungsbehördliche Verordnung im gesamten Gemeindegebiet für alle Hunde generelles Leinengebot angeordnet werden würde. Dies ergibt sich aus einem in der Vergangenheit gerichtlich fest-

gestellten Übermaßverbot im Zusammenhang mit den Vorschriften des Landeshundegesetzes.

Dies ist in Erkelenz nicht der Fall. Lediglich auf Verkehrsflächen und in Anlagen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile sind Hunde an der Leine zu führen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Landeshundegesetzes. Das Gemeindegebiet Erkelenz bietet den Hundebesitzern außerhalb dieser „Verbots-Zone“ genügend Möglichkeiten, ihre Tiere „laufen zu lassen“. Es ist davon auszugehen, dass die überwiegende Zahl der Hundehalter hiervon auch Gebrauch machen.

Spezielle Freilaufflächen müssten baulich so hergerichtet werden, dass ein Verlassen des Geländes durch die Hunde ausgeschlossen wäre. Dies wäre unabhängig von der Problematik, geeignete Flächen bereitzustellen, nicht ohne erheblichen finanziellen Aufwand zu realisieren.

Im Übrigen verweist das Ordnungsamt auf die Ausführungen in der Stellungnahme des Bauhof-, Garten- und Friedhofsamtes zu dem Antrag der Fraktion DIHS/REP vom 03.09.2008 hinsichtlich der Schaffung einer solchen Fläche im Bereich des Ziegelweihergeländes, die in der Sitzung des Hauptausschusses vom 10.12.2008 zu einem ablehnenden Beschluss geführt haben.

zu 7 Anträge des Arbeitskreises ÖPNV und Verkehr

zu 7.1 Erweiterung des Multibusverkehrs auf jeden Wochentag sowie Erweiterung des Liniennetzes in Erkelenz-Nord

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass im Einvernehmen mit dem Heimbeirat der Pro-Seniore-Residenz, Karolingerring, die Westenergie und Verkehr eine Multibus-Haltestelle eingerichtet habe und es werde jetzt darum gebeten, den Einsatz auf die übrigen Wochentage auszudehnen und nicht nur auf die Wochenenden.

Stellv. Ausschussmitglied RH Steingießer erklärt, dass der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte nicht das zuständige Gremium sei, er den Antrag aber für begrüßenswert erachte. Er werde diesen unterstützen und bittet um Weiterleitung an die zuständige Behörde bzw. an den Kreis.

Stellv. Ausschussmitglied RF Schirrmeister-Heinen weist darauf hin, dass man hier nur eine unterstützende Rolle einnehmen könne.

Ausschussmitglied RF Dulies teilt mit, dass sie an den Gesprächen teilgenommen habe. Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte solle informiert werden und die Entscheidung liege dann beim Kreis.

Ausschussmitglied SKB Sauerborn erklärt, dass der Bezirksausschuss hier nur als Gremium fungiere, das der Öffentlichmachung der Maßnahme diene. Der Rat sowie der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sollten den Antrag unterstützen.

Stellv. Ausschussmitglied RF Schirrmeister-Heinen weist darauf hin, dass die zuständigen Gremien der Stadt an zu hören seien und anschließend den Kreis beauftrage.

Stellv. Ausschussvorsitzender RH Fellmin erklärt, dass er den Einsatz eines Multi-busses für eine tolle Idee halte, aber Schwierigkeiten in der Umsetzung sehe. Er regt den Einsatz von Sammeltaxis an.

Stellv. Ausschussmitglied RH Steingießer erwidert, dass sich der Einsatz eines Multibusses im Südkreis bewährt habe und jetzt ein Einsatz im Nordkreis angestrebt werde. Beim Einsatz eines Multibusses seien die Benutzer flexibler, alleine schon wegen der Streckenführung. Weiter erklärt er, dass vor der Kommunalwahl am 30.08.2009 eine Beschlussfassung durch den Rat nicht mehr erfolgen könne, aber nach der Wahl.

Ausschussmitglied RH Frings erklärt, seine Fraktion werde erneut den Antrag stellen „Kostenloses Fahren für Senioren“.

Ausschussvorsitzender RH Musch fasst abschließend zusammen, dass der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte dem Antrag zustimme und diesen an die zuständigen Gremien weiterleiten werde.

Abstimmungsergebnis für den Antrag: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Kreis Heinsberg ist als Aufgabenträger zuständig für den gesamten ÖPNV im Kreisgebiet Heinsberg. Er ist zwar vom Papier her für die grundsätzlichen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem ÖPNV zuständig. Die Finanzierung des ÖPNV obliegt aber zu einem Großteil den kreisangehörigen Städten (und damit auch der Stadt Erkelenz), die vor dem Hintergrund der Haushaltslagen in den letzten Jahren verstärkt auf einen wirtschaftlichen Betrieb des ÖPNV geachtet haben.

Der Umfang des ÖPNV ist im Nahverkehrsplan des Kreises festgeschrieben, der zuletzt im September 2008 fortgeschrieben worden ist. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Erkelenz wurde die Fortschreibung am 03.06.2008 ausführlich vorgestellt. Der Rat hat in seiner Sitzung am 16.06.2008 einstimmig Kenntnis genommen und keine weiteren Anregungen gegeben. Die Vorlagen und der Diskussionsprozess können im Übrigen auch für jeden Bürger im Internet unter www.erkelenz.de, Rats- und Sitzungsdienst, verfolgt werden.

In der Fortschreibung des Nahverkehrsplans ist u. a. vorgesehen, den Multibusbetrieb mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2009 nicht nur am Wochenende, sondern auch während der Wochentage in den Abendstunden von 20:00 Uhr bis 22:00 Uhr fahren zu lassen, dafür aber, bis auf die überregionalen Linien, den normalen Linienverkehr auf Grund der schwachen Auslastung in dieser Zeit einzustellen und damit das gleiche Angebot wie am Wochenende zu schaffen. Der Multibus ist also keine Ergänzung des normalen Linienverkehrs, sondern fährt anstatt des Regelverkehrs.

Ergänzend wäre z. B. das Angebot eines Bürgerbusses zu sehen, dass seinerzeit durch den Arbeitskreis ÖPNV angestoßen wurde, aber letztendlich nicht umgesetzt werden konnte. Der normale Linienverkehr steht darüber hinaus grundsätzlich zur Verfügung.

Die Bereitschaft der Einrichtung einer zusätzlichen Multibushaltestelle durch die WEST Energie- und Verkehr GmbH sollte vor dem Hintergrund der besonderen Situation bei der Seniorenresidenz auf den Einzelfall geschränkt bleiben, zumal die reguläre Haltestelle an der Krefelder Straße Luftlinie nur 150 m entfernt ist und problemlos über Fußwege zu erreichen ist.

Durch die Ausweitung des Multibusbetriebes auf die Schwachlastzeiten nach 20:00 Uhr wird dem Antrag des Bezirksausschusses zumindest teilweise bereits gefolgt. Eine weitere Ausweitung des Multibusses ist auf Grund der politischen Vorgaben (s. o.) und der Kostenstruktur beim ÖPNV nicht vorgesehen.

zu 7.2 Aufstellung von Ruhebänken im erweiterten Bereich der Pro-Seniore-Residenz

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass die Pro-Seniore-Residenz einen Antrag betr. 2 Ruhebänke auf der Krefelder Straße vom Karolingerring bis zum Zugang des Ziegelweiher und eine Bank am Zugang des Ziegelweiher (Höhe Filiale der Kreissparkasse) sowie weitere Bänke nach Absprache mit der Heimleitung der Pro-Seniore-Residenz im Bereich des Seniorenheimes gestellt habe.

Ausschussmitglied RF Dulies ergänzt, dass eine Begehung vom Arbeitskreis „ÖPNV und Verkehr“ während der Sommerferien wegen evtl. Stolperfallen erfolge. Sie stimme dem Antrag zu.

Ausschussmitglied SKB Kowalzik erklärt, dass man nicht dagegen sein könne. Er werde zustimmen. Er bittet aber um Überprüfung der anderen Altersheime im Stadtgebiet.

Ausschussmitglied RF Dulies erwidert, wenn Ausschussmitglied SKB Kowalzik an den Sitzungen des Arbeitskreises „ÖPNV und Verkehr“ teilnehmen würde, wäre ihm bewusst, dass derzeit bereits eine Überprüfung aller Altersheime stattfindet.

Ausschussvorsitzender RH Musch lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis für den Antrag: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Entlang der Krefelder Straße werden im Grünstreifen entlang der Verwaltung zwei Parkbänke und im Bereich der Zuwegung Ziegelweiherpark/Kreissparkasse eine Parkbank mit jeweils einem Abfallbehälter aufgestellt. Die Zusage wird unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Haushaltsmittel für das Jahr 2010 gemacht. Der diesjährige Haushaltsansatz ist ausgeschöpft.

Das Aufstellen einer Parkbank mit Abfallbehälter kostet ca. 1.800 Euro.

Der vom BZA andiskutierte größere Ergänzungsbedarf sollte bis Mitte 2010 konkretisiert werden, damit die erforderlichen Haushaltsmittel für das Jahr 2011 eingeplant werden können.

zu 7.3 Einrichtung einer Querungshilfe im Bereich der Südpromenade – Johanniterstift

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass der Arbeitskreis „ÖPNV und Verkehr“ beantrage, auf der Südpromenade in Höhe des Johanniter-Stiftes, eine Querungshilfe einzurichten, das Verkehrszeichen 274 „Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h“ mit einem Hinweisschild auf die Senioreneinrichtung vor der Kirchstraße in Fahrtrichtung „Kölner Tor“ zu versetzen, den Gehweg auf der Seite des Finanzamtes in einen verkehrssicheren Zustand zu versetzen sowie das verbotswidrige Be- und Entladen von Fahrzeugen auf dem Gehweg am Lebensmittelmarkt „Kaiser`s“ zu unterbinden.

Zu diesen Punkten erklärt Ausschussvorsitzender RH Musch, dass die Einrichtung einer Querungshilfe durch die Verwaltung derzeit geprüft werde. Die Anordnung des Verkehrszeichens 274 sei in der Zwischenzeit umgesetzt worden. Ihm sei vom Ordnungsamt ein Schreiben in dieser Angelegenheit zugegangen. Die Gehwegerneuerung werde ebenfalls vorgenommen und zwischen Marktleiter und Verwaltung sollen Gespräche geführt werden.

Ausschussmitglied RH Frings teilt mit, dass für den Lebensmittelmarkt „Kaiser`s“ keine andere Möglichkeit zur Anlieferung bestehe.

Ausschussmitglied RF Dulies erklärt, es seien seit Monaten und Wochen Gespräche geführt worden. Es werde eine friedliche Lösung angestrebt, die allen Beteiligten zugute komme.

Ausschussvorsitzender RH Musch erwidert auf die Aussage von Ausschussmitglied RH Frings, es gehe nicht um die Anlieferungsfahrzeuge, sondern um Privatfahrzeuge.

Stellv. Ausschussmitglied RH Schönfeld schließt sich der Aussage von Ausschussvorsitzendem RH Musch an.

Ausschussvorsitzender Musch betont nochmals, dass Punkt 2 bereits erledigt sei und die Punkte 1 und 3 zu befürworten seien.

Ausschussmitglied SKB Sauerborn regt hinsichtlich der beantragten Querungshilfe an, wenn Richtwerte/Frequenzen nicht eingehalten werden könnten, dann sollten andere Möglichkeiten zum Beispiel der Einbeziehung der Wohneinrichtung „Betreutes Wohnen“ in die Prüfung einbezogen werden.

Ausschussmitglied RF Dulies erwidert, dies sei mit Frau Herrmann vom Ordnungsamt bereits besprochen worden und teilt mit, dass mit der hiesigen Polizeibehörde Schulungen zur Überquerung stattfinden würden. Diese seien auch schon terminiert.

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass die Anregung von Ausschussmitglied SKB Sauerborn bezüglich des „Betreuten Wohnens“ mit einbezogen werden solle.

Ausschussvorsitzender RH Musch lässt dann über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis für den Antrag: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Am 22.06.2009 wurde seitens des Rechts- und Ordnungsamtes in Absprache mit der Kreispolizeibehörde Heinsberg die Aufstellung von Zeichen 133-10 Straßenverkehrsordnung (Gefahrzeichen Fußgänger) in Verbindung mit Zeichen 274-53 (Zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h) auf der Südpromenade in Richtung Ostpromenade in Höhe von Haus Nr. 33 angeordnet. Die Maßnahme wurde inzwischen durch den städtischen Baubetriebshof umgesetzt.

Das Vorziehen der Geschwindigkeitsbeschränkung in Verbindung mit dem Gefahrzeichen Fußgänger dient zum Schutz von Fußgängern, insbesondere auch Bewohnern des Altenheimes Johanniterstift, die dort die Südpromenade überqueren.

Hinsichtlich der beantragten Querungshilfe in Höhe des Johanniterstiftes weist das Tiefbauamt darauf hin, dass in der mittelfristigen Sanierungsplanung Erkelenz-Mitte ein Ausbau der Südpromenade (Kanal- und Straßenbau) für das Jahr 2012 vorgesehen sei. In der noch zu erstellenden Planung könnten die durch den BZA vorgetragenen Anregungen einbezogen werden. Mit Blick auf die entstehenden Kosten und aus bautechnischer Sicht schlägt das Tiefbauamt deshalb vor, für den Zeitraum bis zum grundhaften Ausbau auf den Einbau einer (doch recht teuren) Querungshilfe zu verzichten.

Dieser Auffassung wird seitens des Rechts- und Ordnungsamtes gefolgt, zumal eine Dringlichkeit zur Errichtung einer Querungshilfe in Höhe des Johanniterstiftes zum jetzigen Zeitpunkt wegen der vorhandenen sicheren Querungsmöglichkeit im verkehrsberuhigten Bereich an der Post nicht gegeben ist.

Zur Beurteilung der verkehrsrechtlichen Notwendigkeit einer Querungshilfe im Rahmen des geplanten Straßenausbaues wird seitens des Rechts- und Ordnungsamtes zur Feststellung des tatsächlichen Querungsbedarfes an dieser Stelle eine entsprechende Verkehrszählung durchgeführt werden, bei der dann auch der angeführte erhöhte Querungsbedarf durch die Bewohner der neuen Wohneinrichtung für Betreutes Wohnen berücksichtigt würde.

Bezüglich der Parksituation am Parkplatz des Lebensmittelmarktes Kaisers wird darauf hingewiesen, dass dort bereits seit längerer Zeit verstärkt Kontrollen durch den Außendienst vorgenommen werden.

Die Schäden im Gehwegbereich der Südpromenade (Finanzamtsseite) wurden inzwischen durch das Tiefbauamt behoben.

zu 8 Zuschüsse für Vereine

Ausschussvorsitzender RH Musch trägt vor, es stehe ein Gesamtbetrag zur Verteilung der Mittel durch den Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte an die Vereine in Höhe von 10.396,10 Euro zur Verfügung. 6.454,50 Euro zur Förderung der Vereine und 3.941,60 Euro zur freien Verfügung, d. h. 20 Cent pro Einwohner. Alle fristgerechten eingegangenen Anträge seien berücksichtigt worden.

Ausschussvorsitzender RH Musch erklärt sich für befähigt und übergibt die Sitzungsleitung an stellv. Ausschussvorsitzenden RH Fellmin.

Stellv. Ausschussmitglied RH Steingießer meint, dass der Antrag der S.I.E begrüßenswert, aber pauschal formuliert worden sei. Pauschalierte Anträge sollten in Zukunft nicht befürwortet werden, nur konkrete Projekte.

Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte beschließt die Verteilung der Mittel wie folgt:

Beschluss (in eigener Zuständigkeit):

Verein	Zuschuss 2009
Kapellgemeinde Bellinghoven	150,00 Euro
S.I.E Erkelenz	75,00 Euro
Bürgergemeinschaft Flachsfield	150,00 Euro
Kirchenchor St. Cäcilia	100,00 Euro
TC Blau-Weiss Erkelenz	500,00 Euro
Reit- und Fahrverein Erkelenz	500,00 Euro
Turnverein Erkelenz 1860	2.450,00 Euro
Städt. Musikverein Erkelenz	1.000,00 Euro
Postsportverein	500,00 Euro
SC O9 Erkelenz – Jugendabteilung	1.400,00 Euro
Erkelenzer Volleyballverein	1.000,00 Euro
Billard Club 71 Mantinell	150,00 Euro
TSG Erkelenz	600,00 Euro
Schützenbruderschaft U.I.Fr.	100,00 Euro
VSG	100,00 Euro
EKG	400,00 Euro
Schachfreunde	100,00 Euro
Jugendrotkreuz	100,00 Euro
Budo Club Erkelenz	400,00 Euro
Herzsportgruppe	100,00 Euro
Ev. Kirchengemeinde/Kirchenchor	100,00 Euro
Senioren-sport	100,00 Euro
TC 81 Erkelenz	300,00 Euro
Insgesamt:	10.375,00 Euro
Rest:	21,20 Euro

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussvorsitzender RH Musch übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Auszahlung der Mittel erfolgt kurzfristig entsprechend des Beschlusses.

zu 9 Zusatzpunkt: Antrag der Bürgerpartei vom 19.02.2009; Künftiger Standort neues Hallenbad

Ausschussvorsitzender RH Musch teilt mit, dass der Antrag der Bürgerpartei an den Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte betr. „Künftiger Standort Hallenbad“ in der letzten Sitzung des Bezirksausschusses am 18.03.2009 nicht zur Tagesordnung gestellt worden sei. Dies sei unter dem Aspekt geschehen, dass das Gesamtpaket abgewartet werden sollte, d. h. den Beschluss des Rates im Juni 2009 abwarten wollten. In absehbarer Zeit solle in Sachen „Neubau eines Schwimmbades“ eine Bürgerinformationsveranstaltung stattfinden. Anschließend könne eine Beratung und Stellungnahme im Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte erfolgen.

Weiter teilt Ausschussvorsitzender RH Musch mit, dass er im Internet eine 50seitige Stellungnahme wegen des Neubaus eines Schwimmbades gefunden habe, und zwar

93 Beiträge -

67 haben keine Stellungnahme zum Standort abgegeben,

6 waren für jetzige Belassung,

5 waren für Standort Bauxhof und

15 waren für ein Kombibad auf der Liegewiese des Freibades.

Ausschussvorsitzender RH Musch erklärt weiter, dass der Sportverband in dieser Angelegenheit ebenfalls getagt und dieser den Standort „Krefelder Straße“ befürwortet habe. Die ortsansässigen Schulen hätten sich ebenfalls beteiligt und diese hätten ebenfalls ein kombiniertes Frei- und Hallenbad befürwortet.

Ausschussmitglied RH Frings teilt mit, dass es bisher keine Diskussion über den Standort des Schwimmbades gegeben habe. Wegen des zukünftigen Schwimmbades solle man Klartext reden und den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass das jetzige Freibad vernichtet werde.

Ausschussmitglied SKB Moll erklärt, dass ein Planungsbüro beauftragt worden sei, Vorschläge zu unterbreiten und fragt nach, ob das neue Bad auf die vorhandene Fläche „Freibad“ gebaut werde.

Stellv. Ausschussmitglied RH Fellmin erklärt, dass der Rat den zukünftigen Standort mehrheitlich beschlossen habe.

Stellv. Ausschussmitglied RF Schirrmeister-Heinen teilt ebenfalls mit, dass ein Beschluss des Rates vorliege und wehrt sich vehement gegen die Falschdarstellung durch die Bürgerpartei.

Ausschussmitglied SKB Sauerborn weist darauf hin, dass eine Beschlussfassung im Rat erfolgt sei. Dieser Beschluss sei sehr gut. Nun sei es wichtig, dieses Schwimmbad mit einer großen Liegewiese, wenn auch mit kleinerem Außenbecken, zu bauen.

Ausschussmitglied SKB Schüren erklärt, dass das neue Schwimmbad auf die Liegewiese verlagert werde.

Stellv. Ausschussmitglied RH Fellmin teilt mit, dass erst ein Neubau erfolge und anschließend das alte Hallenbad abgerissen werde. So sei der derzeitige Planungsstand.

Ausschussmitglied SKB Kowalzik stellt mit Erschrecken fest, dass wohl keiner so genau wisse, was der Rat beschlossen habe. Zuerst hätte der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte zu dieser Angelegenheit gehört werden müssen. In der Gemeindeordnung werde darauf hingewiesen. Er sei für ein neues Schwimmbad, aber auch für den Erhalt des alten Freibades und erklärt, dass es hier eine Lösung geben müsse.

Ausschussvorsitzender Musch erklärt zur Kritik des Ausschussmitgliedes SKB Kowalzik, dass aktuell ein Zugriff in Höhe von 20.000 im Internet zu verzeichnen gewesen sei.

Ausschussmitglied RH Frings teilt mit, dass er nichts gegen ein neues Schwimmbad habe, aber auch das alte Freibad behalten wolle.

Stellv. Ausschussmitglied RH Steingießer erklärt, es könne nur eine Diskussion stattfinden, wenn Alternativen vorhanden seien. Die Alternative „Bauxhof“ sei im Vorfeld diskutiert und festgestellt worden, dass diese Fläche wegen des Lärmschutzes nicht in Betracht komme. Wenn der Bau an anderer Stelle erfolgen solle, müsse man auch die Kosten eines Stadions einplanen. Intensive Gespräche seien mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen geführt worden. Es gebe keinen Beschluss, das Freibad abzuschaffen. Er sei der Meinung, wenn ein Vorschlag der Projektentwickler vorliege, dass dieses Konzept ein Freibad beinhalte.

Ausschussmitglied RH Frings fragt nach, wo die Liegewiese hin solle.

Ausschussvorsitzender RH Musch erwidert, dass das Planungsbüro Vorschläge unterbreiten werde.

Stellv. Ausschussmitglied RF Schirrmeyer-Heinen ist schockiert über die Angriffe sowie das unerträgliche Verhalten von Ausschussmitglied RH Frings ihr gegenüber und erklärt, dass der Ausschussvorsitzende rügen müsse.

Ausschussmitglied SKB Sauerborn bittet darum, nun über den Antrag der Fraktion der Bürgerpartei abzustimmen.

Stellv. Ausschussmitglied RH Steingießer erklärt, dass heute noch niemand wissen könne, wie das zukünftige Außenbecken aussehe. Ein endgültiger Vorschlag werde im August dieses Jahres vorliegen.

Ausschussmitglied SKB Kowalzik bittet ebenfalls um Abstimmung.

Beschluss (in eigener Zuständigkeit):

„Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte soll, sobald die Vorschläge zum Neubau eines Schwimmbades vom Planungsbüro vorliegen, vor der Sitzung des Rates eine Sitzung einberufen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 10 Zusatzpunkt: Antrag der CDU im Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte vom
11. Juni 2009;
Installation von Papierkörben in der Nähe des Bahnhofs**

Ausschussvorsitzender RH Musch trägt vor, dass ihm ein Antrag der CDU im Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte zur Installation von Papierkörben in der Nähe des Bahnhofes vom 11. Juni 2009 vorliege.

Ausschussmitglied SKB Dr. Baltus erklärt hierzu, dass er zum wiederholten Male von Taxifahrern, die am Bahnhof auf ihre nächste Fahrt warteten, angesprochen worden sei, ob eine Möglichkeit bestünde, am Bahnhof einen Papier- oder Abfallkorb zu installieren.

Stellv. Ausschussvorsitzender RH Fellmin erklärt, dem Antrag stehe nichts entgegen, bittet aber darum, diesen um einen Ascher zu erweitern.

Ausschussmitglied RF Dulies teilt mit, dass der Arbeitskreis „Saubere Stadt“ in dieser Angelegenheit Überlegungen angestellt habe und in nächster Zeit „Handascher“ zur Verfügung stünden. Dem Ordnungsamt der Stadtverwaltung seien die Überlegungen des Arbeitskreises mitgeteilt worden, z. B. Abfallbehälter mit Ascher ohne großen Leerungsaufwand.

Stellv. Ausschussmitglied RF Schirrmeister-Heinen bittet um eine Kostenaufstellung und fragt nach, warum alle Abfallbehälter auf der Anton-Raky-Allee entfernt worden seien. Sie bittet um Prüfung, ob eine Möglichkeit bestünde, dort ebenfalls Abfallbehälter anzubringen.

Beschluss (als Empfehlung an die Verwaltung):

„Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte beauftragt die Verwaltung, Ascher-Abfallbehälter am Bahnhofsgelände anzubringen sowie um Prüfung, ob eine Möglichkeit zur Anbringung auf der Anton-Raky-Allee besteht.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Kosten des Aufstellens und der Entleerung der öffentlichen Abfallbehälter in die Gebührenkalkulation der Abfallbeseitigungsgebühren einfließen. Es kann demnach nicht Aufgabe der Stadt sein, Behältnisse zu installieren, die gezielt der Aufnahme und Entsorgung des im Rahmen des Taxibetriebes angefallenen Abfalls dienen.

Die Stadt wird die Angelegenheit vor Ort prüfen, ob und in welchem Umfang das Aufstellen von weiteren Abfallbehältern sinnvoll ist.

Das Aufstellen von gesonderten Ascherabfallbehältern bzw. von Abfallbehältern mit integrierten Ascherbehältern ist eine Standarderweiterung, die auch wegen der Auswirkungen auf die Abfallbeseitigungsgebühren einer grundsätzlichen Entscheidung bedarf.

Derzeit wird seitens des Amtes 60 aus folgenden Gründen eine Notwendigkeit nicht gesehen.

1. *Die zusätzliche Entleerung verursacht einen höheren Kostenaufwand*
2. *Bisher ist in den Abfallkörben wegen entsorgter Zigarettenreste kein Schwelbrand etc. entstanden. Die Zigarettenreste können somit auch in den Abfallbehälter selbst entsorgt werden.*
3. *Bei den neu angeschafften Abfallbehälterttypen wurde darauf geachtet, dass sperrige Abfälle, wie z.B. Einwegverpackungen oder Flaschen, ohne Probleme entsorgt werden können. Deshalb wurde auf einen Deckel verzichtet. Die Integration eines Aschers ist bei den derzeit verwendeten Typen nur eingeschränkt möglich. In diesen Fällen würde die Einwurföffnung wieder verkleinert werden. Die Anschaffung eines neuen Typs verursacht einen zusätzlichen Wartungsaufwand.*
4. *Ein Raucher wird voraussichtlich keinen Meter zurückgehen oder die aufgerauchte Zigarette einige Meter tragen, um sie ordnungsgemäß in einem Ascher zu entsorgen. Der erhoffte Erfolg wird im Regelfall somit nicht eintreten.*

Ausschussvorsitzender RH Musch beendet die 15. Sitzung des Bezirksausschusses Erkelenz-Mitte um 20:40 Uhr.